

Verhärtete Fronten

Keine politische Einigung vor den Wahlen in Bangladesch

Patrizia Heidegger

Die Parlamentswahlen in Bangladesch sind vorläufig für den 21. Januar 2007 angesetzt. Spätestens seitdem Staatspräsident Iajuddin Ahmed am 29. Oktober auch den Vorsitz der Übergangsregierung übernommen hat, verhindert jedoch die politische Konfrontation zwischen den beiden Parteiblöcken um die *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) und die *Bangladesh Awami League* (BAL) jeglichen Dialog. Die Hauptstadt Dhaka leidet seit Wochen unter regelmäßigen Blockaden ihrer Verkehrswege, nicht enden wollenden Demonstrationen und blutigen Straßenschlachten. Die Zeit vor den Wahlen wird knapp und wichtige Aufgaben wie die Überarbeitung der Wählerlisten müssen dringend erfüllt werden. Geregeltete Vorbereitungen der Wahlen scheinen jedoch derzeit kaum möglich.

Seit knapp zwei Monaten versucht die 14-Parteien-Allianz, die von der Oppositionspartei BAL angeführt wird, ihre Forderungen im Vorfeld der Wahlen mit allen Mitteln durchzusetzen. Die Liste der Forderungen betrifft vor allem das Amt des Vorsitzenden der Übergangsregierung und die Zusammensetzung der Wahlkommission. Die Besetzung dieser Posten war und ist zum größten Teil in der Hand der alten Regierungspartei, der BNP, und der bisherigen Premierministerin Khaleda Zia. Die BAL unter Führung von Sheik Hasina Wajed fürchtet deshalb eine Parteilichkeit zugunsten der BNP. Mit einer ersten landesweiten Blockade und Protestaktion Ende Oktober gelang es der BAL, den der BNP nahe stehenden designierten Vorsitzenden der Übergangsregierung KM Hasan zu verdrängen. Die Zusammenstöße zwischen den verschiedenen Parteien auf den Straßen forderten über 25 Tote und 1000 Verletzte. In dieser politischen Krise übernahm Präsident Ahmed selbst die Führung der Übergangsregierung.

Zweite Blockade im November

Mitte November organisierten die BAL und ihre Verbündeten eine zwei-

te landesweite Blockade. Der traurige Höhepunkt war bereits am 13. November erreicht, als ein Polizeifahrzeug in eine Gruppe von Demonstranten der 14-Partei-Allianz fuhr, dabei einen Menschen tötete und fünfzig zum Teil schwer verletzte. Solche Ereignisse haben die Angst vor einem völligen Entgleiten der Situation weiterhin geschürt.

Am 23. November verkündete Präsident Ahmed schließlich, dass der Vorsitzende der Wahlkommission MA Aziz für drei Monate beurlaubt wird. Praktisch bedeutete dies die Absetzung Azizs. Die Anhänger der BAL und der von ihr geführten Allianz feierten diesen Erfolg wie einen vorläufigen Wahlsieg. Dies zeigte sehr deutlich, um was es eigentlich geht: Im Mittelpunkt steht die öffentliche Demonstration von Macht und Einfluss. Die Awami League scheint auszutesten, wie viel sie mit Gewalt auf den Straßen erreichen kann.

Und der Präsident auf der anderen Seite kommt seiner Verpflichtung zu Neutralität nicht nach und reizt die Oppositionsparteien damit zu weiteren Aktionen. So ernannte er ohne Gespräche mit seinen Beratern zwei neue Wahlkommissare, von denen einer ein-

deutig der alten Regierungspartei nahe steht. Iajuddin Ahmed agierte somit klar zum Vorteil der BNP, die ihn seiner Zeit ins Amt gehoben hat.

Aktuelle Forderungen der Awami League

Auch jetzt, wenige Wochen vor der Wahl, sieht die BAL eine faire und freie Wahl gefährdet. Die zehn Berater der Übergangsregierung versuchen fieberhaft zwischen den erhärteten Fronten zu vermitteln.

Aktuell fordert die 14-Parteien-Allianz die Entlassung der zwei umstrittenen Wahlkommissare SM Zakaria und Modabbir Hossain Chowdhury. Außerdem lehnen sie die Festlegung des Wahltags am 21. Januar 2007 ab. Vor der Terminnung sollen zunächst die fehlerhaften Wählerlisten korrigiert werden. Die dritte Blockade ist am Abend des 4. Dezember zunächst aufgehoben worden. Es wird erwartet, dass der Präsident einen neuen Vorsitzenden der Wahlkommission und einen weiteren Wahlkommissar ernannt.

Nach wie vor lehnen die BAL und ihre Mitstreiter den Präsidenten in sei-

ner Rolle als Vorsitzenden der Übergangsregierung ab. Tatsächlich war sein spontanes Manoeuvre zur Erlangung dieses Amtes nicht verfassungsgemäß. Die Verfassung Bangladeschs regelt die Besetzung dieses Amtes präzise. Der Staatspräsident ist hierbei nur die letzte Wahl, nach allen anderen möglichen Kandidaten, von Richtern des obersten Gerichts oder etwa geeigneten Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft. Zudem hat er bei der Verteilung der Ministerien unter seinen Beratern die wichtigsten Politikbereiche wie das Innenministerium selbst übernommen. De facto ist Ahmed derzeit sowohl Staatspräsident, Premierminister und Innenminister Bangladeschs.

Mangelnde Vorbereitung der Wahlen

Während die Parteien noch über die Verteilung der Posten streiten, treten bei der Wahlvorbereitung schwerwiegende Mängel auf. Anfang Dezember veröffentlichte das US-amerikanische *National Democratic Institute* (NDI), eine weltweit agierende Nichtregierungsorganisation im Bereich der Demokra-

tiefförderung, eine Studie zu den Wählerlisten in Bangladesch. Diese Listen werden in den Monaten vor der Wahl unter Federführung der Wahlkommission erneuert. Der Studie zu Folge sind jedoch rund 12,2 Millionen registrierte Wählernamen falsch. Entweder erscheinen Namen doppelt oder sie existieren in der Realität nicht. Die Oppositionsparteien fürchten den Missbrauch dieser überschüssigen Wahlberechtigungen durch die Parteien der letzten Regierung unter Premierministerin Khaleda Zia.

Belastung für die Bevölkerung

Der Stillstand des politischen Dialogs hat drastische Auswirkungen auf das öffentliche Leben und stellt damit eine enorme Belastung für die Bevölkerung dar. Durch die Blockaden ist Dhaka vom Rest des Landes abgeschnitten. Reisende nach Dhaka sitzen in anderen Landesteilen fest. Da die öffentlichen Busse nicht verkehren, sind die Menschen innerhalb der Hauptstadt auf andere Transportmittel angewiesen, die den fünf- bis zehnfachen Fahrpreis kosten. Für die vielen Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen führen diese Zusatzausgaben zu finanziellen Problemen. Die Wirtschaft ächzt ebenfalls unter den Protestaktionen der 14-Parteien-Allianz. Die beiden wichtigsten Häfen des Landes, Chittagong und Mongla, sind in den letzten Wochen immer wieder geschlossen worden. Für die Aus- und Einfuhr von Waren entstehen dadurch extrem hohe Zusatzausgaben für die Unternehmen. Unter diesen Umständen steigt die Frustration der Bevölkerung ständig an. Die Menschen sehnen sich nach einem ruhigen

Alltag. Einige haben Angst, die Situation könnte eskalieren – was das bedeutet, ließ sich am Abend des 29. Oktober bereits erahnen, als auf den Straßen die Anarchie ausbrach und für kurze Zeit die Befürchtung bestand, der Präsident könnte den Notstand ausrufen.

Machterhaltung vs. politische Inhalte

Die Aktionen der bisherigen Regierungspartei BNP – dazu gehört die Selbstnennung des Präsidenten zum Vorsitzenden der Übergangsregierung und die Zusammensetzung der Wahlkommission – vermitteln nicht den Eindruck, dass sie an fairen und freien Wahlen interessiert ist. Im Gegenteil, so manches erscheint als pure Provokation der Oppositionsparteien. Doch genauso wenig scheint die BAL an einer raschen Lösung interessiert, sondern sucht den Konflikt.

Jeden Tag brennen Autos von Politikern oder ihre Häuser werden beschossen, es sterben Menschen auf den Straßen, und die Spitzen beider Parteien tragen weiter ihre alten Fehden aus. Die beiden großen Damen der Politik, Khaleda Zia und Sheik Hasina, kommunizieren seit Jahren nicht miteinander. Jeder Vorschlag der einen Seite wird von der Gegenpartei, so scheint es, aus Prinzip abgelehnt. Die Straßenkämpfe sind Muskelspiele zwischen den großen Kontrahenten. Sie fürchten, dass wer auf der Straße keine Stärke zeigt, auch bei den Wahlen schwächeln könnte. Letztlich konzentrieren sich alle Beteiligten auf ihren Machterhalt beziehungsweise – zugewinn. Politische Inhalte bleiben dabei auf der Strecke und die bitter notwendigen Maßnahmen für wahrlich demokratische Wahlen ebenso.

Zur Autorin

Patrizia Heidegger ist Literatur- und Politikwissenschaftlerin. Derzeit arbeitet sie als Freiwillige bei der bangladeschischen Menschenrechtsorganisation *Ain-O-Shalish-Kendro* (ASK) in Dhaka.

Die Zeitschrift zu Bangladesch



NETZ berichtet ausschließlich über Bangladesch. Vierteljährlich. Jede Ausgabe widmet sich fundiert und engagiert einem Schwerpunktthema. Internationale Experten und Betroffene kommen zu Wort. Zudem informiert NETZ über Entwicklungsarbeit in dem Land, den Einsatz für Menschenrechte und über aktuelle politische Hintergründe. NETZ enthält regelmäßig literarische Übersetzung aus dem Bengalischen.

Kostenloses Probe-Heft anfordern:

NETZ
Moritz-Hensoldt-Str. 20
35576 Wetzlar
zeitschrift@bangladesch.org